St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Preis für Canada $2.00 das Jahr, für die Ver. Staaten und das Ausland $2.50. Das Abonnement ist vorauszubezahlen.

Wegen Anzeigeraten wende man sich an die Redaktion.

Anzeigen, Korrespondenzen usw. sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peters Bote, Münster, Sask., Canada.

1926 Kirchenkalender 1926

Februar — März — April

Gebotene Feiertage.

Fest der Beschneidung des Herrn, Neujahr, Freitag 1. Januar.
Fest der Hl. Drei Könige, Mittwoch 6. Januar.
Fest der Himmelfahrt Christi, Donnerstag 13. Mai.
Fest Allerheiligen, Montag 1. November.
Fest der Unbefl. Empfängnis Mariä, Mittwoch 8. Dezember.
Weihnachtsfest, Samstag 25. Dezember.

Gebotene Fasttage.

Quatembertage: 24. 26. 27. Februar.
26. 28. 29. Mai.
15. 17. 18. September.
15. 17. 18. Dezember.
10tägige Fasten: 17. Februar bis 3. April.
Vigil von Pfingsten, 22. Mai.
Vigil von Mariä Himmelfahrt, 14. August.
Vigil von Weihnachten, 24. Dezember.

Welt-Rundschau.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Verdacht, daß auch Frankreich an der Bildung einer neuen Koalition interessiert sein könnte, da Frankreich unter dem gegenwärtigen Schutz Frankreichs lebe und des Volk ohne seine Zustimmung nicht [illegible] ist. Es ist [illegible] Ueberlegungen [illegible] Mittelmeerraum [illegible] Mittelmeermächten. [illegible] Möglichkeit jeder Gegenaktion [illegible]

Gewichtig der amerikanische Botschafter in englischen Hofe, der [illegible] jedoch auf Besuch in Washington [illegible] nicht über die Lage [illegible] Europa [illegible] Die amtliche Erklärung des Staatssekretariats in Washington, daß er keiner nicht amtlichen Person über die an den Präsidenten oder das Staatssekretariat zu machenden Berichte Mitteilungen gemacht habe, bedeutet nicht, daß er eine optimistische Ansicht über Europa [illegible] Gründe für Pessimismus [illegible] überall aufgezeigt. Der Titel, den die London Times ihrem Artikel über das „neue Locarno" gibt, konnte als Stendal-Rubrik benützt werden. Er heißt: „Wolken über Europa".

Kleinere Nachrichten

Das amerikanische Staatssekretariat hat eine Warnung an Mexiko gegeben, die sich teilweise mit der Ausweisung von amerikanischen Bürgern, teilweise mit der Konfiszierung oder Besteuerung amerikanischen Eigentums befaßt. Eine in Chicago abgehaltene Konferenz für Auslandspolitik, der vier Senatoren und zehn Abgeordnete verschiedener Parteien beiwohnten, erließ einen Tadel gegen den Staatssekretär und verlangte, er solle Mexiko Souveränität über ausländische Eigentumsrechte, darunter solche auf Oel, stellen. Sie haben dabei durchblicken, daß solche Eigentumsrechte nicht immer auf einwandfreie Weise erworben worden seien — wenn es „Oel" statt „nicht immer" hieße, so wäre es richtig. Die Neigung des amerikanischen Staatsamtes, sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos einzumischen und es durch Androhung der Entziehung der Anerkennung u. der etwaigen Unterstützung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, wird verurteilt. Aber es ist das eine Schwäche Amerikas, daß es kleinen Nationen gegenüber gerne den Gerichtsvollzieher und seine Plutokraten spielt, ob aus eigenem Antriebe oder von diesen getrieben, das bleibe dahingestellt.

Houghton soll unter anderem in Washington auch gesagt haben, daß die Aussichten auf eine erfolgreiche Vorkonferenz für Abrüstungen keine glänzenden seien. Daß überall, außer in den entwaffneten Ländern, flott weitergerüstet wird, scheint ihm wohl recht zu geben. Doch jedes Land findet hierfür eine Entschuldigung. So sagte kürzlich der französische Präsident Doumergue: „Wir wünschen Frieden und tun alles zu seiner Erhaltung. Es wäre aber gefährlich, unsere Widerstandskraft gegen einen Angriff zu lähmen. Laßt uns an Frieden glauben, aber nicht durch pazifistische Täuschungen fortgerissen werden, die eines Landes wie das unserige unwürdig sind." Diese Worte würden gut unter eine deutsche Karikatur passen, welche der Manchester Guardian kopierte. Sie stellt einen Franzosen dar, der so mit Waffen überladen ist, daß man kaum noch einen Platz für eine andere hat finden können. Und der Franzose sagt: „Wir werden immer friedliebender und friedliebender."

Der Eintritt Amerikas in den Weltgerichtshof ist noch nicht ganz sicher. Die im Senat dem amerikanischen Beitritt angegangenen Vorbehalte erregen bei manchen Staaten, die ganz gewiß Mißmut, an deren Haltung sie mit dem Wesen des Gerichtshofes für unvereinbar. Am 18. März beschloß der Rat des Bundes, trotzdem die Eingabe einer Kommission zum Zutritten, um zu untersuchen, ob die Vorbehalte ohne eine Aenderung der Statuten des Gerichtshofes angenommen werden können. Außerdem ging eine Einladung des Bundesrates an Amerika, sich nächsten September mit dem Rate an der Beratung über Vorbehalte zu beteiligen. — Vorab sind seine Getreuen, die „Unversöhnlichen" im Senat zu Washington, haben den Kampf gegen Amerikas Eintritt in den Weltgerichtshof noch nicht aufgegeben. Sie haben begonnen, denselben aus dem Senat hinaus unter das Volk zu tragen. Die an Amerika ergangene Einladung ist ihnen ein weiterer Beweis für die These, daß der Gerichtshof bloß eine Hinterture für den Völkerbund sei.

Ueber den Optimismus des neuen französischen Finanzministers hat kürzlich nichts mehr verlautet. Der im Parlamente zur Schau getragene Indifferentismus gegen seine Bemühungen hat ihn höchst wahrscheinlich schon einigermaßen abgekühlt. Auch ist seitdem der Franken auf eine bisher nie erreichte Tiefe gefallen. So etwas wirkt auch ernüchternd. Eine Erklärung des neuen Ministeriums, die im Senat und in der Kammer verlesen wurde, gibt zu, daß eine Lösung der finanziellen Schwierigkeiten des Landes bis jetzt nicht gelungen ist. Dann wird das Parlament zu „außergewöhnlicher Disziplin" ermahnt, damit die notwendigen Maßnahmen noch vor der Osterpause angenommen werden können. Der Bericht gibt nicht an, wie viele Abgeordnete beider Häuser bei dieser Lesung gegähnt oder geschlafen haben. Wer weiß, ob sie nicht bis Ostern in Paris wieder einen neuen Finanzminister haben. Dann dürfte aber sogar dem unentbehrlichen Premier Briand d. Geduldfaden reißen und er die Bildung eines neuen Kabinettes im Ernst ablehnen.

Vereinigte Staaten

Plymouth, Vermont. — Nachts um 2/11 Uhr am 18. März starb Col. John C. Coolidge, Vater des Präsidenten Coolidge, in seinem Farmhause nahe bei Plymouth im Alter von 81 Jahren. Er hatte etwa eine Woche vorher einen Anfall von Herzleiden, von dem er sich nicht mehr erholte. Auf die Nachricht, daß der Kranke in Lebensgefahr sich befinde, eilte der Präsident in einem Extrazuge von Washington nach Vermont, erfuhr aber durch ein Telegramm, das ihm kurz vor seiner Ankunft in New Haven, Conn., auf dem Zuge überbracht wurde, von dem Ableben seines Vaters. Er kam erst am folgenden Morgen gegen 9 Uhr in seiner alten Heimat an. Die letzte Strecke mußte die Gesellschaft des Präsidenten bei kaltem Wetter im Schlitten zurücklegen. Der Verstorbene wurde, wie er selbst angeordnet hatte, in einfacher Weise und ohne allen Pomp auf dem Friedhofe des kleinen Gebirgsdorfes begraben, wo seine Vorfahren und sein im vergangenen Jahre verstorbener Enkel, der Sohn des Präsidenten, ruhen.

Washington, D. C. — Nach dem letzten Zensus, der am 1. Juli 1925 abgeschlossen wurde, war die Einwohnerzahl der Ver. Staaten 117,135,817, eine Vermehrung von 1,757,723 gegen das Vorjahr. Wenn der Zuwuchs in ähnlicher Weise weitergeht, wird das Land im Jahre 1930 125 Millionen Einwohner zählen.

Washington, D. C. — In dem Kampfe für und gegen Prohibition, der im Kongresse vor sich geht, wird unter anderem auch darauf hingearbeitet, daß dem Volke die ganze Frage zur Abstimmung unterbreitet werden soll. Aber wie man dem Volke vor der Einführung der Prohibition keine Gelegenheit gab, seinen Willen zu äußern, so ist auch jetzt keinerlei Aussicht vorhanden, daß man ihm eine Gelegenheit zur Meinungsäußerung geben werde. Darin liegt eben das Geheimnis „der Regierung des Volkes — für das Volk — durch das Volk", daß das Volk selbst nichts zu sagen hat. Nun haben sich aber etwa 400 Zeitungen einen boshaften Scherz erlaubt, den die unentwegten Prohibitionisten ihnen niemals verzeihen werden. Sie ersuchten nämlich ihre Leser im ganzen Lande, ihnen kundzugeben, ob sie für strenge Prohibition oder deren Ermäßigung, bezw. Abschaffung seien. Das Resultat ist ein ganz überraschendes, besonders wenn man die „Gemütlichkeit" so vieler Leute in Betracht zieht, die sich nicht zum Schreiben entschließen können. Soweit ist das Verhältnis zwischen Nassen und Trockenen ungefähr 12 zu 1. Doch wird einstweilen und noch für lange Zeit der Wille des Einen über den Willen der Zwölf obsiegen.

Vom Ausland

Chieti, Italien. — Im Juni wird es zwei Jahre, seitdem die brutale Ermordung des Abgeordneten Matteotti in ganz Italien eine furchtbare Aufregung hervorrief, die fast den Thron Mussolinis erschütterte. Es herrschte die Ueberzeugung, und diese ist heute noch eben so stark wie damals, daß es ein politischer Mord war und von der Faszistenpartei ausging. Um den ungeheuren Sturm zu beschwichtigen, versprach damals der Diktator absolute Gerechtigkeit. Zugleich wurde aber alles aufgeboten, um das Verbrechen zu vertuschen und die Verantwortung abzuleugnen, und mit der Zeit legten sich die Wogen der Erregung. Jetzt endlich stehen fünf Mitglieder des Faszistenbundes vor Gericht, das aber allem Anscheine nach, wahrscheinlich durch einen Druck von oben, den Zweck verfolgt, die ganze Sache im Sande verlaufen zu lassen und nur den Schein zu retten. Mehrere der als Mitverschwörer Angeklagten wurden bereits vor dem Prozeß in Freiheit gesetzt. Der Hauptzeuge gegen die Mörder, der Rechtsbeirat der Witwe Matteottis, zog sich wegen einseitiger Führung der Gerichtsverhandlung von dieser zurück. — Bei Betrachtung dieses Falles schreibt eine deutsche Zeitung in den Ver. Staaten: „Intelligenten und rechtlich denkenden Menschen ist es unfaßbar, daß sich eine so ausgesprochene Autokratie (wie die Mussolinis) in einem zivilisierten modernen Staatswesen einnisten konnte. Man stelle sich die Erregung vor, die unsere Bürgerschaft ergreifen würde, wenn man hierzulande einen derartigen Versuch zur Volksentrechtigkeit machen wollte! Man würde mit den Urhebern kurzen Prozeß machen. Und doch gibt es einige gute Amerikaner, die sich nicht scheuen, für diese Art Diktatur u. Tyrannei Bewunderung an den Tag zu legen. Glücklicherweise wird aber für die Ver. Staaten kaum je der Tag kommen, an dem der Versuch gemacht wird, ihm eine solche Regierung aufzuzwingen." — Was nur beweist, daß dieser Zeitungsschreiber kein Prophet ist. Ein solcher soll wenigstens die Vergangenheit kennen, bevor er darangeht, die Zukunft vorauszusagen. Kann er sich nicht mehr erinnern, wie ein Diktator mit Namen Wilson, den das Volk zum Präsidenten wählte, weil er Amerika bis dahin aus dem Kriege herausgehalten hatte, eben dieses Volk in den Weltkrieg hineinpeitschte und während des Krieges und darüber hinaus mit eiserner Hand regierte? Und wie lammfromm „das Land der Tapfern und Freien" sich unter seinem Szepter beugte? Und was damals so leicht möglich war, mag ebenso leicht sich wiederholen.

San Jose, Costa Rica. — Sonntag morgens, am 14. März, begegnete ein Passagierzug, auf dem etwa 1000 Personen einen Ausflug machten, zwischen Alajuela und Cartago einem schrecklichen Unglück. Während der Zug auf der Brücke über den Virilla-Fluß war, entgleiste er und drei der sechs Wagen stürzten in das Wasser. Mehr als 300 Personen wurden getötet und über 100 schwer verletzt.

Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise

Von Dr. Oscar Goetz, Berlin.

Die Ereignisse haben bewiesen, daß die deutsche Wirtschaftskrise mit der Jahreswende nicht überwunden ist; es trat sogar eine wesentliche Verschärfung ein. Die Hoffnungen, die man allerorten auf das Weihnachtsgeschäft gesetzt hat, haben sich als trügerisch erwiesen. Vielleicht war dies an der einen oder anderen Seite nicht so schlecht, wie eingefleischte Pessimisten es prophezeiten. So gut aber, daß es einen Ausgleich gegen das andauernd schlechte Geschäft der letzten Monate darstellen konnte, ist der Absatz leider nirgends gewesen. Die Hoffnung der verarbeitenden Industrie, des Großhandels, vor allem des Kleinhandels, daß der erhöhte Umsatz anläßlich des Weihnachtsfestes dazu angetan sein würde, dem Unternehmer weitgehendes eine Entschuldung seines Betriebes zu ermöglichen, waren trügerisch. Dennoch ist es erstaunlich, daß allein im Januar über 2000 Konkursverfahren eröffnet und in über 1500 Fällen Geschäftsaufsicht angeordnet wurden. Alles erschreckend wirkende Rekordziffern!

Wenn man in den letzten Monaten die Frage untersuchte, was zu der Wirtschaftskrise des letzten Jahres geführt hat, so beschränkte man sich überwiegend auf Feststellung der Verschlechterung der Handelsbilanz, der Zahlungsmittelknappheit, der Steuerbelastung und der sozialen Belastung. Es ist nicht zu leugnen, daß all diese Momente einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben. Die wahre Ursache der Wirtschaftskrise liegt aber tiefer, sie liegt in dem Versailler Diktat und seinen politischen Folgen. Durch die zwangsweise Verkleinerung des Deutschen Reiches verlor dieses, verglichen mit dem Friedensstande, an Fläche innerhalb Deutschlands 13 Prozent

an Bevölkerung 10 Prozent

an Steinkohlenproduktion, 29,9 Prozent

an Eisenerzproduktione 74,5 Prozent

an Zinkerzproduktion 68,3 Prozent

an Weizen und Roggenproduktion 15, 7 Prozent

an Kartoffelproduktion 18 Prozent

vom Seekabelnetz 95 Prozent

vom Brutto-Registertonnen-Inhalt der Flotte 89 Prozent.

Wenn man bedenkt, daß die von Deutschland abgetretene Fläche ohne die Kolonien an Rauminhalt und Bevölkerungszahl mehr beträgt als das Gesamtareal von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zusammen ausmacht, daß Deutschland seine besten landwirtschaftlichen Ueberschußgebiete (Posen und Westpreußen) verloren, ¼ bis ¾ der wichtigsten Rohstoffe eingebüßt hat, und außer der gesamten Flotte seinen gesamten Kolonialbesitz hergeben mußte, so ist es verständlich, daß die deutsche Handelsbilanz im höchsten Grade passiv sein muß. Bei genauer Betrachtung der vorerwähnten Zahlen muß man es daher heute auch im ehemals feindlichen Ausland unverständlich finden, daß die ausländischen Führer in Politik und Wirtschaft während der letzten Jahre immer wieder den Standpunkt vertraten, daß Deutschland hoch mit Reparationslasten in Anspruch genommen werden dürfte, weil es im Gegensatz zu Frankreich und anderen kriegführenden Staaten „keine nennenswerten Verwüstungen" erlitten habe. Die Schnelligkeit, mit der seinerzeit das kriegführende Deutschland das verwüstete Ostpreußen aufbaute, beweist, daß tatsächlich Verwüstungen eher gutgemacht werden können als gewaltsame Eingriffe in das Wirtschaftsleben eines Volkes.

Derartige Eingriffe bedingen eine grundlegende Umstellung der Wirtschaft. Daß diese nicht so durchgeführt worden ist, wie dies nötig war, ist fraglos ein schweres Verschulden unserer Industrie, die überwiegend vorzog, geschützt durch Kartelle und Preiskonventionen, ein Eigenleben zu führen, das nicht in allen Punkten den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft angepaßt war. Auf der anderen Seite aber muß der Industrie zu Gute gehalten werden, daß die Inflationszeit die Umstellung stark erschwert und vor allem durch die mit anderen Mitteln fortgesetzte Kriegsblockade die Herstellung wertvoller Auslandsverbindungen fast unmöglich machte. Wie grundlegend die wirtschaftspolitische Situation Deutschlands durch das Versailler Vertragswerk verändert worden ist, geht, um nur eins herauszugreifen, schon aus der Tatsache hervor, daß der Verlust Elsaß-Lothringens und des Saargebiets die deutsche Eisenproduktion um 21,2 Millionen Tonnen verminderte und daß Deutschland wiederum durch den Verlust dieser Gebiete aus einem Kohlenausfuhrland ein Kohlenneinfuhrland geworden ist. Wollte Deutschland seine industrielle Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit wiedergewinnen, so müßte es 57,5 Millionen Tonnen Kohlen jährlich einführen, während es im Jahre 1913 nur 10,5 Millionen Tonnen einzuführen brauchte. Durch die mittlerweile in Deutschland fortschreitend verbreitete Fernkraftversorgung, Wasserkraftausnutzung und Braunkohlenverwendung, weiterhin besonders durch die Einführung der Oelfeuerung auf den Schiffen ist der Bedarf an Auslandskohle mittlerweile bedeutend verringert worden. Fest bleibt aber trotzdem die Tatsache bestehen, daß die Kohlenneinfuhr eine schwere Belastung der deutschen Handelsbilanz darstellt, und daß ihr ein neuer annähernd so großer Aktivposten bisher nicht gegenübersteht.

Ganz besonders hat aber auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands der Verlust seiner sämtlichen Auslandsguthaben eingewirkt, die durch das Gutachten der seinerzeit unter dem Vorsitz von Mackenna stehenden Sachverständigenkommission selbst auf 28 Milliarden Goldmark geschätzt wird, wobei als Auslandsguthaben nur diejenigen angenommen wurden, welche Deutschen, in Deutschland wohnenden Staatsangehörigen gehörten, und wobei diejenigen Beträge außer Acht gelassen worden sind, die das Eigentum im Auslande wohnender deutscher Staatsangehöriger bildeten. Diese Guthaben bildeten früher eine wesentliche Grundlage der sogenannten „unsichtbaren Einfuhr". Ihr Gewinnertrag und ihr Zinsertrag war stets dazu angetan, nicht nur das Defizit der stets passiven deutschen Handelsbilanz auszugleichen, sondern brachte es mit sich, daß per Saldo ein Ueberschuß zu Gunsten Deutschlands entstand, der sich in der stets aktiven Zahlungsbilanz wiederspiegelte. Die von Amerika geplante Rückgabe des deutschen Eigentums kann deshalb auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, für die deutsche Wirtschaft von Vorteil werden. Ob eine Rückerstattung der deutschen Vermögen im Auslande dazu angetan sein kann, die Kapitalsknappheit in Deutschland von heute auf morgen bedeutsam zu bessern, erscheint fraglich. Die Rückerstattung der Guthaben erfolgt keineswegs in barem Gelde. Sie dürfte zum größten Teil in der Rückübertragung von Werten bestehen, die in Amerika investiert sind. Aber auch derartige Rückerstattung hat wirtschaftlich seine Vorteile. Der deutschen Wirtschaft bleibt die Möglichkeit, diese Werte zu liquidieren oder sie zu beleihen. Liquidiert sie sie, so erhöht sie ihr flüssiges Vermögen, schmälert allerdings ihren Zinsertrag. Auch darin würde allerdings ein Vorteil zu erblicken sein, wenn man bedenkt, daß auf diese Weise Auslandskredite erspart werden können und Zinsverpflichtungen dem Ausland gegenüber geringer blieben. Praktisch stellt die Bereitwilligkeit Amerikas, das deutsche Vermögen zurückzugeben, eine, wenn auch nur beschränkte, Revision des Versailler Vertrages dar. Die deutsche Außenpolitik wird Wert darauf legen müssen, daß auch in den anderen ehemals feindlichen Ländern gleiche Konzessionen gemacht werden. Zugeständnisse dieser Art würden beweisen, daß der „Geist von Locarno" keine Phrase im Munde der Staatsmänner ist und daß auch bei unseren Vertragsgegnern der ernste Wille herrscht, der deutschen Wirtschaftskrise, unter der auch sie letzten Endes leiden müssen, ein Ende zu bereiten.

(Fortsetzung auf Seite 8.)